



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Streit zwischen Frankreich und China.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Streit zwischen Frankreich und China.



Die Meinungsdivergenz zwischen Frankreich und der Regierung in Peking hat noch nichts von ihrem bedrohlichen Charakter verloren. Der Präsident Grévy und der Premierminister Ferry scheinen einen Krieg mit China nicht zu scheuen und sollen entschlossen sein, dessen Ansprüche, die vorzüglich auf Fortdauer des Suzeränitätsverhältnisses zwischen dem Sohne des Himmels und dem Gebieter von Annam und auf Umwandlung eines Teiles von Tonkin in eine neutrale Grenzzone hinauslaufen, zurückzuweisen, während Challemel-Lacour, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, versöhnlicheren Ansichten huldigen soll. Der chinesische Gesandte bei den westmächtl. Höfen, Marquis Tseng, ist nach einer kurzen Verhandlung mit dem letztern, bei welcher dieser sich ungewöhnlicher Höflichkeit befleißigte, nach London zurückgereist, wie er selbst erklärt hat, ohne bei der Zusammenkunft zu definitiven Ergebnissen gelangt zu sein. Er hat in Folkestone einem Korrespondenten der Neuen Freien Presse Mitteilungen gemacht, die durchaus nicht beruhigender Art sind. Er habe, sagte er, die Frage eines Verzichts Chinas auf die Suzeränität über Annam mit dem französischen Minister garnicht besprochen, da hierbei von Nachgiebigkeit seiner Regierung nicht die Rede sein könne. Auch von den übrigen von ihm gestellten Forderungen könne er keine aufgeben, namentlich nicht die neutrale Zone, da man in Peking Frankreich nicht zum Grenznachbar haben wolle. Die von letzterem beabsichtigte Absendung neuer Verstärkungen nach Tonkin endlich bezeichnete er als einen sehr bedenklichen Schritt, da sie China nötigen würde, die bis jetzt beobachtete Zurückhaltung aufzugeben und seine Truppen über die Grenze gehen zu lassen. Er bemerkte in dieser Beziehung: Die Militärpartei gewinnt in

Peking täglich mehr Boden, und die öffentliche Meinung ist dort sehr aufgeregt. Bis jetzt konnten wir alles, was sich ereignet hat, dem übergroßen Eifer der französischen Beamten im Osten zuschreiben, die vom Admiral Duperré im Jahre 1874 an allesamt ihre Instruktionen überschritten. Aber jede von der französischen Regierung selbst ausgehende unüberlegte Maßregel würde verhängnisvolle Folgen haben. Wie groß die Aufregung in China gegen die Franzosen und gegen die Europäer überhaupt ist, haben die Unruhen gezeigt, welche in Kanton ausgebrochen sind und die Niederbrennung von Häusern und Speichern zur Folge gehabt haben. Man wußte, daß in China eine starke Kriegspartei bestand, oder vielmehr, daß die französischen Aggressionen das Nationalgefühl der Chinesen tief verletzt hatten, hoffte aber, daß die europäischen Kaufleute und Missionäre dadurch nicht gefährdet werden würden. Das Vorgehen des Pöbels in Kanton hat dieser Täuschung ein Ende gemacht. Es muß ein panischer Schrecken über die dortige europäische Bevölkerung, die beiläufig meist aus Engländern besteht und auf der Flußinsel Schamin wohnt, gekommen sein; denn sie flüchteten sich mit Weib und Kind in Masse auf den nach Hongkong abgehenden Dampfer. Und in der That zeigt der Vorgang, daß die Europäer in China ernstliche Ursache haben, die chinesische Bevölkerung zu fürchten. Die Verbrennung einiger Läden und Magazine, die deshalb erfolgte, weil ein chinesischer Lastträger, der einen englischen Dampfer besteigen wollte, zufällig ertrank, wäre an sich nicht sehr auffallend. Aber die Chinesen haben sich in Kanton mit den Fremden bisher gut vertragen, und so befundet die Sache einen bedenklichen Wechsel der Stimmung, und man darf annehmen, daß ferneres schroffes Auftreten der französischen Diplomatie diese Stimmung rasch verschlimmern und möglicherweise bis zu dem Punkte erhitzen würde, daß eine Ermordung der in den verschiedenen chinesischen Städten wohnenden Fremden erfolgte. Dies alles zeigt, wie notwendig es für die Franzosen ist, sich bald zu entschließen und sich mit dem Marquis Tseng zu einem billigen Abkommen zu verständigen. Noch vor kurzem waren sie Herren der Lage, wenn sie sich zu einem solchen Abkommen, bei dem ihnen Vorteile genug blieben, herbeiließen. Jetzt ist Gefahr vorhanden, daß die Lage Herr über sie wird, und daß die Nachteile, mit denen sie droht, etwaige Vorteile mindestens aufwiegen.

Das Cabinet Ferry ist, wie berichtet wird, hauptsächlich durch die Frage gespalten, ob unverweilt Verstärkungen nach Tonkin abgehen sollen, einige Minister bejahen dieselbe, andre wollen vor solchem Vorgehen erst Diskussion der chinesischen Vorschläge. Im Interesse Frankreichs und kaum minder Englands ist es, daß die letztere Meinung die Oberhand behalte. Allerdings ist wohl nicht zu befürchten, daß die chinesische Armee, welche ein phantasievolles französisches Journal „bei Peking“ konzentriert sein läßt, beim ersten Erscheinen französischer Verstärkungen in Tonkin sich sofort in Masse auf sie stürzen wird; aber die Absendung neuer Truppen aus Frankreich muß unstreitig in Peking die Stim-

mung verbittern. Augenscheinlich ist ferner eine solche Maßregel nicht notwendig, sie würde also als bloße aufregende Demonstration erscheinen, und solche Demonstrationen unterläßt man, wenn man nicht zum Kriege treiben will. Nüchtern denkende Franzosen aber werden sich sagen, daß ein Krieg mit China eine gefährliche Sache ist. Daß ein solcher die englischen Interessen in Ostasien schädigen und infolge dessen eine Nation verstimmen würde, mit der Frankreich bisher auf gutem Fuße stand, braucht nicht allen klar zu sein. Wohl aber müssen andre Betrachtungen sich ihnen aufdrängen, die mit ihrem eignen Interesse in Verbindung stehen. Von allen europäischen Mächten ist Frankreich diejenige, welche des Friedens am meisten bedarf und am meisten von einem Kriege zu fürchten haben würde. In Betreff seiner auswärtigen Beziehungen ist es mehr als ein anderer Staat isolirt, und in Bezug auf seine innern Verhältnisse ist es stetem Wechsel ausgesetzt. Man sollte denken, daß schon dieser Mangel an Freunden jenseits, und dieses Auf- und Abwogen der Parteien innerhalb seiner Grenzen ihm eine Politik des Friedens und der Herbeiführung sicherer Zustände im Innern zur Pflicht machen müßten. Aber es giebt noch ein drittes, wodurch es dringend in diese Richtung verwiesen wird. Der Mangel an Stabilität, an dem die politischen Einrichtungen Frankreichs leiden, ist groß, aber keine größere und schwerere Gefahr als die fortwährend sich steigernde Verlegenheit des Staates in Finanzangelegenheiten. Die Finanzen sind der Prüfstein aller Regierungen. Finanzielle Kraft und Befähigung, die Möglichkeit zu gedeihlicher Verwaltung, ist die einzige Eigenschaft, welche einer Regierung nicht gestattet, trotz steten Rückganges in ihrer Stärke fortzueistiren, und das Schicksal eines Regimes nach dem andern sollte die Gründer der dritten Republik genügend über diese Thatsache aufgeklärt haben. Wieviel Wert wird schließlich ihr Anspruch und ihr Recht haben, das Kaisertum zu ersetzen, wenn die Republik nicht zu zeigen vermag, daß sie befähigt ist, Frankreich in weniger kostspieliger Weise zu regieren als ihr Vorgänger, die Steuerlast zu erleichtern und die Wohlfahrt des Volkes zu steigern? Und was ist geschehen, um diesen Anspruch und dieses Recht zu begründen? Die fundirte Schuld Frankreichs übersteigt gegenwärtig zwanzigtausend Millionen Mark, wovon allerdings die größere Hälfte dem Kaisertum zur Last zu schreiben ist, das aber auch erheblich länger regierte als die Republik, und die schwebende Schuld beträgt weitere zweitausend Millionen. Die Gesamtausgaben haben sich in den letzten zwölf Jahren ungefähr verdoppelt, und dieses ungeheure Anwachsen ist hauptsächlich auf die Vermehrung der Staatsschulden und nur zum kleinern Teile auf die Reorganisation der Armee zurückzuführen. Die bloße gewöhnliche Zunahme der Verschuldung des Staates, die Steigerung des Ordinariums im Ausgabeetat ist schuld an der erschreckenden Thatsache, daß ein Land, welches im letzten Jahre der Regierung des Kaisers 1380 Millionen Mark ausgab, im elften Jahre der Republik 1560 Millionen ausgegeben hat. Zahlen wie diese sollten

zu denken geben und die kriegerischen Neigungen eines einflußreichen Theils der französischen Politiker dringend zum Haltmachen auf ihrer Bahn veranlassen. „Die Regierung durch und für das Volk,“ wie man das jetzige System so gern nennt, hat bisher nur den Erfolg gehabt, daß sie die Lasten des Volkes vermehrt hat und zwar augenscheinlich nur durch finanzielle Ausschreitungen, durch finanzielles Ungeschick; denn bis 1881, dem Jahre der Expedition nach Tunis, kamen keine aus kriegerischen Unternehmungen entspringenden Ausgaben vor. Fügt Herr Ferry mit seinen Kollegen zu jener enormen Gesamtschuld noch die Kosten eines Krieges mit China hinzu, die mindestens das dreifache der Ausgaben für den tunesischen Feldzug betragen würden, wie wird dann nach zwei Jahren das Budget der Republik aussehen, und welche Aussichten auf Fortdauer wird dann ein Regierungssystem haben, das keinen andern Anspruch auf Existenz hat als den, der in dem Glauben und Vertrauen liegt, daß mit ihm das Gedeihen des französischen Volkes am sichersten verbürgt und gewahrt sei.

Einige Hoffnung auf friedlichen Austrag des Streites in der elften Stunde giebt die Nachricht, daß Lord Lyons, der Vertreter Englands bei der französischen Republik, plötzlich und ohne den Ablauf seines Urlaubes abzuwarten, auf seinen Posten nach Paris zurückgekehrt ist. England scheint hiernach den Weg betreten zu wollen, von dem in unsrer letzten Betrachtung des Streites die Rede war. Man machte bisher dagegen geltend, daß Selbstachtung ihm nicht gestatte, seine Dienste unaufgefordert anzubieten oder sich dazu herbeizulassen, wenn es nicht mit Bestimmtheit wüßte, daß beide Parteien geneigt seien, sich durch seine Ratschläge bestimmen zu lassen. Ob diese Voraussetzungen sich jetzt erfüllt haben, ist uns unbekannt. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Frankreich um die englische Intervention in der Sache gebeten hat, aber dies kann von seiten Chinas geschehen sein, und die britische Regierung kann in Anbetracht der wichtigen englischen Interessen, die ein Krieg gefährden würde, von dem Wunsche, von beiden Mächten um eine Vermittlung ersucht zu werden, abgesehen haben. Dabei würde indeß anzunehmen sein, daß man sich in London die Gewißheit verschafft habe, daß die französische Regierung bereit sei, auf den Vorschlag einer Vermittlung einzugehen, ja vielleicht bewahrheitet sich die Nachricht französischer Blätter, daß das britische Cabinet bereits mit China und Frankreich zu einer vorläufigen Verständigung über die Grundlagen einer Beilegung des Streites gelangt sei.

Die oben angeführten Äußerungen des Marquis Tseng und die Unruhen in Kanton mahnen die Diplomatie zur Eile. Allerdings ist in jener Stadt die Ruhe wiederhergestellt worden, aber sie kann jeden Tag wieder gestört werden, und man weiß, wie ansteckend die zu Gewaltthat drängende Stimmung auf die Bevölkerung der großen Städte im Osten wirkt. Was jetzt in Kanton geschah, kann morgen in jedem der chinesischen Traktathäfen geschehen, wo Europäer unter Massen von Chinesen wohnen. Die Franzosen werden von den letztern

nicht geliebt und auch nicht besonders mehr gefürchtet, und stets hat ein Streit Chinas mit irgend einer westlichen Macht zur Folge, daß der Chinese die Empfindungen, die ihm sein einzelner Gegner bei dieser Gelegenheit einflößt, auf alle Europäer ohne Unterschied überträgt. Die französische Regierung kann daher ersucht werden, sich die Verantwortlichkeit klar zu machen, der sie sich aussetzt, wenn sie die Aufregung, welche ihr Streit mit dem Reiche der himmlischen Mitte hervorgerufen hat, unnötigerweise Woche um Woche verlängert, und keine Zeit zu verlieren, sich durch ihren englischen Vermittler Gewißheit zu verschaffen, ob diese den Frieden gefährdende Streitigkeit sich nicht in ehrenvoller Art beilegen läßt. Niemand oder wenigstens niemand außerhalb des Kreises der französischen Chauvinisten wird glauben, daß es wirklich erhebliche und nicht zu umgehende Schwierigkeiten habe, die vernünftigen Ansprüche Frankreichs mit den gerechten Forderungen Chinas zu versöhnen. Das Verlangen des letztern geht, wenn man von der Abgrenzungsfrage absieht, nur auf eine formelle oder nominelle, keineswegs auf eine thatsächliche Oberherrlichkeit über Annam, und man könnte ihm hier reichlich Genugthuung zuteil werden lassen, ohne irgend etwas in Betreff der materiellen Interessen, des Handels und der Kolonisation, opfern zu müssen, um die es den Franzosen angeblich in erster Reihe zu thun ist. Hätte man nicht mit unnötiger Überstürzung den Vertrag von Hué abgeschlossen, so wäre es wahrscheinlich zu gar keinem Zusammenstoße der Ansprüche beider Mächte gekommen. China hätte dem französischen Interesse alle Zugeständnisse machen, und Frankreich hätte dem Selbstgefühl der Chinesen alle Befriedigung gewähren können, welche die Lage erforderte. Durch die Gutheißung des zu weitgreifenden Harmandschen Vertrags hat die französische Regierung sich in die Lage gebracht, nicht bloß mehr fordern zu müssen, als man in Peking zu gewähren geneigt ist, sondern auch mehr, als sie selbst bedarf. Der Mißgriff war ohne Zweifel ein recht unglücklicher für sie; denn erstens wurde, selbst wenn man die Sache vom französischen Standpunkte aus beurteilte, zuviel des Guten geleistet, und zweitens wurde der Fehler dadurch verschlimmert, daß man ihn zu unrechter Zeit beging. Nichtsdestoweniger würde es geradezu ungeheuerlich sein, wenn man sich bloß deshalb, weil man Anstand nehmen zu müssen meint, einen Irrtum in seinen Berechnungen und einen vorschnellen Schritt einzugestehen und wieder gut zu machen, in einen großen Krieg stürzen wollte, der schweres Geld kosten und im besten Falle wenig mehr einbringen würde als militärischen Ruhm.

Mehr als einen Rat zu nochmaliger Überlegung und zur Mäßigung geben, kann England in Paris nicht thun. Sein eignes Interesse bei der Vermeidung eines Krieges mit China zu betonen, wird es unterlassen müssen, und ebenso wird es von dem Verlangen abzusehen haben, daß Frankreich sich im voraus ausdrücklich verpflichte, den guten Rat des Londoner Cabinets in seinen Einzelheiten zu befolgen. Das letztere würde nicht auf Vermittlung, sondern auf ein

Schiedsrichteramt hinauslaufen, und das brauchte sich eine Macht wie Frankreich nicht bieten zu lassen.

Was Deutschland betrifft, so steht es dem Streite zwischen Frankreich und China gleichgiltig gegenüber wie allen Bestrebungen der französischen Politik außerhalb Europas. Hier, in Europa, wird es durch Rat und Vermittlung auf diplomatischem Wege mit seinen Verbündeten allezeit bemüht sein, den Frieden zu erhalten. Was dagegen Frankreichs Bestrebungen in andern Weltteilen angeht, so hat es keinerlei Interesse, das ihm geböte, denselben in den Weg zu treten. Es könnte sie sogar mit Wohlwollen betrachten und, wenn es zu einer Einmischung aufgefordert würde, sie fördern, immer vorausgesetzt, daß man sich endlich in Frankreich entschlösse, die Abmachungen von 1871 als endgiltig anzusehen. Wenn die englische Presse uns den Beruf zuschreiben möchte, anders zu urteilen und zu verfahren, wenn sie den jetzigen Streit als Bedrohung des Weltfriedens darstellt, das Vorgehen der Franzosen in Annam als Verletzung der politischen Moral aufgefaßt sehen will, gegen die auch andre Mächte Einspruch erheben müßten, so befindet sie sich im Irrtum. Die Sache berührt abgesehen von den beiden streitenden Parteien, einzig und allein die Interessen Englands, vor allem die der englischen Fabrikanten, Kaufleute und Aebder, und Deutschland hat hier wie bei frühern ähnlichen Fällen nicht entfernt die Verpflichtung, diesen Herrschaften die Kastanien aus dem Feuer zu holen.



Die Höhe der Prozeßkosten.

(Schluß.)



aum war der neue Prozeß ins Leben getreten, so ergab sich das, was die Gegner der hohen Anwaltsgebühren vorausgesagt hatten: überall wurde von den Rechtsuchenden die ungemeine Verteuerung des Prozesses schwer empfunden. Und nun erscholl der Ruf: Die Gerichtskosten sind zu hoch. Im Reichstag ergriffen bereits bei der Etatsberatung am 24. Februar 1880 die Abgeordneten Steller und Windthorst (dieselben, welche noch vor neun Monaten mit solchem Eifer für die höchsten Anwaltsgebühren gekämpft hatten) über diese Beschwerde das Wort. Der Abgeordnete Windthorst sagte nun mit Emphase: „Die Justiz könne unmöglich als Einnahmequelle behandelt werden.“ Auch von der rechten Seite des Hauses wurde die Klage über die „Höhe der Gerichtskosten“ bestätigt. Am